

Soziologisches zur Pandemie III

von Andreas Häckermann

Eine Sammlung aktueller Wortmeldungen

Die wichtigste Empfehlung gleich zu Beginn: Der tägliche Artikelüberblick zur Pandemie von *The Syllabus*. Schon mit einem kurzen Scroll erhält man einen Eindruck nicht nur vom globalen Ausmaß und den dramatischen Kollateralfolgen der Pandemie, sondern auch von der Vielzahl der Interpretationen und Analysen. Der Anspruch der folgenden Übersicht ist demgegenüber deutlich bescheidener. Sie versammelt öffentliche Wortmeldungen akademischer Soziolog*innen in der Online-, Wochen- und Tagespresse, vornehmlich aus dem deutschsprachigen Raum.[1]

Wie für Philipp Staab dürfte derzeit für den Großteil der Soziolog*innen hierzulande die erzwungene Häuslichkeit den Pandemiealltag dominieren. Die Frage nach einer „Soziologie der Ungeselligkeit“ stellt sich damit ganz intuitiv. Tilman Allert zitiert hierzu in der *FAZ* eher impressionistisch Max Weber und Georg Simmel herbei, während Hartmut Rosa seine Erfahrungen in der *NZZ* auf den Begriff der „maximalen Weltreichweitenverkürzung“ bringt. Holger Lengfeld zeigt sich im *Tagesspiegel* vor allem besorgt um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, genauso wie Gesa Lindemann, die in der *Zeit* „das Vertrauen in den sinnlich gegenwärtigen Mitmenschen“ bereits als Verlierer der Krise ausmacht. Deutlich zurückhaltender äußert sich Janosch Schobin, der in seinem Beitrag für die *Wiener Presse* davon ausgeht, dass wir „danach bald zum normalen Habitus zurückkehren“. Steffen Mau hingegen ärgert sich im *Tagesspiegel* über den seiner Meinung nach „irreführenden“ Begriff des „Social Distancing“: Es gehe schließlich „um die Vermeidung physischer Kopräsenz von Menschen, nicht um das soziale Band, das sie verbindet.“ Anwesenheit sei kein Kriterium für die Festigkeit dieses Bandes, wie etwa der Blick in die Geschichte der Briefkultur belege. „Was wir neu erproben müssen, ist kein *social distancing*, sondern ein anspruchsvolles *distant socializing*.“ Wie Formen der Habitualisierung dazu beitragen können, sich auch an die gegenwärtige Ausnahmesituation zu gewöhnen, beschreibt Teresa Koloma Beck in der *Süddeutschen Zeitung*. Über die Irritationen, welche die Vermeidung von Körperkontakt im öffentlichen Raum hervorruft, spricht die französische Soziologin Carole Gayet-Viaud. Dass die erzwungene Häuslichkeit auch Einsamkeit und nicht zuletzt Gewalt zur Folge haben kann, und dass das Ausmaß der Gefährdung eine Frage sowohl der Klassen- als auch der Geschlechterverhältnisse ist (wie schon in Teil II dieser Folge thematisiert), betonen sowohl Johanna Dagorn und Corinne Luxembourg in *Le Monde* als auch Judith Butler im Interview für die chilenische

Zeitung *La Tercera*. Derweil versucht Benjamin Bratton zu eruieren, welche Lektionen sich jetzt schon aus dem „Quarantine Urbanism“ ziehen lassen.

Jan-Felix Schrape verweist in seinem Blog *gedankenstrich.org*[2] auf die Bedeutung digitaler Technologien für die Bewältigung des Quarantänealltags: „Hätte der SARS-CoV-2-Virus die Welt vor 25 Jahren in seinen Bann geschlagen, wären viele digitale Selbstverständlichkeiten (...) schlicht noch nicht verfügbar gewesen“, die den Isolationsalltag erträglicher machten. Dass es gleichwohl Kontinuitäten mit Blick auf die Möglichkeit medial vermittelter Verhaltenssteuerung in Krisensituationen gibt, betont Stefan Müller-Doohm in seinem Beitrag für die NWZ.

Deutliche politische Kritik äußert Oliver Nachtwey im Interview für die Schweizer *Onlinezeitung Republik*: „Dass so viele Menschen am Coronavirus sterben, hängt mit der Austeritätspolitik der vergangenen Jahre zusammen.“ Als Konsequenz aus den gegenwärtigen Ereignissen fordert er unter anderem die Demokratisierung des Gesundheitssektors, die offene Infragestellung der industriellen Landwirtschaft und einen Ausbau der Daseinsvorsorge. Etwas weniger offensiv, doch inhaltlich ähnlich gelagert plädiert wiederum Philipp Staab in der *Zeit* für den kuratierenden Staat als Alternative zum überwachenden Staat. Folgen wir hingegen Andreas Diekmann, dann sollte die empirische Sozialforschung möglichst schnell eine viel zentralere Rolle im gegenwärtigen Krisenmanagement spielen. In seinem Plädoyer im *Freitag* fordert der Zürcher Soziologe eine landesweite sozialwissenschaftliche Zufallsstichprobe. Derzeit nämlich bewegten wir uns „wie ein Pilot im Blindflug durch dunkle Wolken, ohne Höhenmesser, ohne Kenntnis der Geschwindigkeit und ohne Wissen um die Topographie der Landschaft unter uns. Das sollten wir sobald wie möglich ändern!“

Greift man die Metapher auf, dann offenbart die sich „im Blindflug“ befindende Gesellschaft derzeit geschärfte Sinne für die prekären Voraussetzungen des Fliegens: Wie Berthold Vogel beobachtet, werde das „funktionale Hintergrundrauschen“ der „staatlichen und kommunalen Aktivitäten“ von den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zur Kenntnis genommen. Doch sei bei weitem nicht klar, ob die aktuell gestiegene Anerkennung für „systemrelevante“ Berufe auch in den absehbaren Verteilungskonflikten nach der Krise anhalten, geschweige denn sich für die Angehörigen der betreffenden Berufsgruppen auch in Form höherer Löhne bemerkbar machen wird. Wenn alles gut gehe, so Vogel, „dann wird schließlich deutlich werden, dass mit einer Gesellschaft der Singularitäten keine Zukunft zu machen ist.“ Ähnlicher Meinung ist, mit Verweis auf Ulrich Beck, auch der brasilianische Soziologe José Maurício Domingues.

Für die Pariser Arbeitssoziologin Dominique Méda ist die derzeitige Aufmerksamkeit für die „Systemrelevanz“ von Infrastruktur- und Reproduktionsleistungen nur der Vorbote eines tiefgreifenden Wertewandels, der durch die ökologische Krise erzwungen werde. In die gleiche Richtung argumentiert der mittlerweile 94-jährige Alain Tourraine im Interview mit der

spanischen Zeitung *El País*. Und auch Éric Fassin sieht die Pandemie in der *Libération* als Etappe in einer langfristigen Entwicklung, in der das Nichtökonomische zunehmend Geltung und Repräsentanz einfordert. Deren Ausgang hält er freilich für offen. Das gleiche gilt für Bruno Latour, der – man ahnte es – den Virus in seinem Beitrag für *Analyse Opinion Critique* als Aktanten der Vergesellschaftung begreift und mit Blick auf den gebotenen dauerhaften Abschied vom ökopolitischen Status Quo pessimistisch in die Zukunft schaut.[3] Ebenfalls für die *Libération* thematisiert Antonio Casilli im Interview sachkundig die Folgen der Pandemie für die on- wie offline prekär Beschäftigten. Die gleiche Thematik erörtern auch David Gaborieau für *Mediapart* und David Graeber in der *Zeit*. Letzterer gibt dabei zu Protokoll, dass die Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen vor allem eine politische Machtfrage ist.

Wie sehr die soziologischen Wortmeldungen das öffentliche ‚Framing‘ der Krise beeinflussen, wird derzeit noch nicht eingehender diskutiert. Folgt man Wolfgang Sofsky, ist die Wichtigkeit dieses Aspekts jedoch nicht zu unterschätzen: Worin die Krise münde, werde nicht zuletzt bedingt durch die gegenwärtig verkündeten Prophezeiungen, denen eine Tendenz zur Selbsterfüllung innewohne. Und auch Jürgen Habermas mahnt im FR-Interview: „Die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Experten sollten sich mit unvorsichtigen Prognosen zurückhalten.“

Ein kritisches diskursanalytisches Zwischenfazit wagt hingegen Niels Werber, der für die *Pop-Zeitschrift* den Wandel vom „Normalisierungs“- zum „Ausnahme“-Diskurs in den Blick nimmt, den er um den 15. März herum einsetzen sieht. Es gehöre dabei „zum Diskurs des Ausnahmezustands, dass er Epoche macht. Was folgt, könnte außerhalb der gewohnten Kurvenlandschaften und Erwartungskorridore liegen“, die der Normalisierungsdiskurs versprach. Sebastian Huhnholz erkennt in seinem eindrucksvoll pointierten Beitrag für den *Theorieblog* die Brauchbarkeit von Kosellecks historischer Analyse bürgerlicher Selbstentmündigung im Kontext gouvernementaler Krisenrhetoriken: „‘Politik in Zeiten von Corona‘ heißt: Ich lass den Staat herein und erledige, wo wir doch schon beisammen sind, seine Hausaufgaben gleich mit. Polis und Oikos in trauter Eintracht.“

Auf theoretischer Ebene hat Andreas Folkers mit „Vorwegnahme, Herausnahme und Hereinnahme“ auf *Soziopolis* die drei biopolitischen Prinzipien der Katastrophenbewältigung skizziert, die sich derzeit beobachten lassen. Mit Blick auf ihre gesellschaftliche Funktion komme der Soziologie „die Rolle eines immunologischen Erkennungsdienstes zu, dessen Arbeit sich vielleicht, um ein annähernd so starkes Wort wie ‚Krieg‘ ins Spiel zu bringen, als ‚Aufklärung‘ bezeichnen ließe.“ Soziologische Aufklärung heiße „dann nicht zuletzt, die sozialen Verwundbarkeiten zu ermitteln, die viele Ausnahmesituationen erst in Katastrophen verwandeln.“

Abschließend sei in dieser Woche auf einige jüngst erschienene Artikel verwiesen: Zum ersten auf *Viral Modernity* - ein Paper, das die These schon im Titel trägt -, zum zweiten auf *A Model Society*, einen Text zur Wissenssoziologie der Pandemiebekämpfung, und zum dritten auf *Thinking Corona Measures with Foucault*, dessen Anliegen sich ebenfalls leicht erschließt.

Fußnoten

[1] Wissenschaftliche Paper und empirische Studien aus der Soziologie werden an dieser Stelle dezidiert genauso wenig zentral thematisiert wie die Unmenge an weltweiten journalistischen Presseartikeln, die die vielen gesellschaftlichen Folgen der Pandemie in den Blick nehmen. Neben *The Syllabus* sei an dieser Stelle verwiesen auf die fortlaufenden Einträge auf der Website der DGS, auf die Dokumentationen und das mittwöchliche Digitale Kolloquium des WZB, auf die Sendereihe „Aus Kultur- und Sozialwissenschaften“ im DLF, sowie auf das Public Health-Journal *The Lancet*. Eine interessante Übersicht findet sich auch in der Online-Ausgabe des *Tagesspiegel* vom 26. März.

[2] Am 28. März erschien dort eine Zitatesammlung zum Themenkomplex „Digitalisierung“, am 4. April eine zum Themenkomplex „Massenmedien“.

[3] Vgl. auch die weiteren prominenten Beiträge auf <http://aoc.media>.